

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 pptrn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB zur Erinnerung an Haussmanns Rostocker Rede vor einem Jahr: Bonner Versprechungen und ostdeutsche Realität.

Seite 1

Michael Müller MdB zu den Beratungen im Umweltausschuß über Golfkrieg und Umweltzerstörung: Die Umweltpolitiker müssen den Krieg ächten.

Seite 2

Josef Vosen MdB zur Vorlage des Zwischenberichts des BMFT zur Umsetzung des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 - Artikel 38 - im Bereich Forschung und Technologie: Neue Bundesländer - Todesurteil für die Forschung ist gefällt.

Seite 3

Ruth Winkler MdB zum Verhältnis der Sozialdemokratie zur jungen Generation: Den Wandel in der Jugend ernst nehmen (Teil II und Schluß)

Seite 5

46. Jahrgang / 35

20. Februar 1991

### Bonner Versprechungen und ostdeutsche Realität Zur Erinnerung an Haussmanns Rostocker Rede vor einem Jahr

Von Rudolf Dreßler MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Rostock, den 20. Februar 1990. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann spricht zu den Bürgerinnen und Bürgern - er hält eine programmatische Rede über die wirtschaftliche und soziale Zukunft der zu der Zeit noch bestehenden DDR. Er sagt: "Beim Übergang von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft wird es sicherlich auch schwierige Anpassungsprobleme geben bis hin zu einem vorübergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit." Das Credo des Erhard-Nachfolgers auf dem Chefessel des Regierungs-Ökonomen: "Die DDR ist zum Erfolg verurteilt."

Heute muß sein Nachfolger, Herr Möllemann, mittels einer Art Notoperation versuchen, die wirtschaftliche Initialzündung in den fünf neuen Bundesländern hinzukriegen. Und während sich der neue Showmaster im Bundeswirtschaftsministerium am Aufschwung im Osten versucht, muß sein Kabinettskollege Blüm eingestehen, daß der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern unmittelbar vor dem Zusammenbruch steht - nach langem Zögern und Leugnen hat Blüm sich zur Wahrheit bequemt.

Und diese Wahrheit ist schrecklich: Nach neuesten Schätzungen von Arbeitsmarktexperten besteht die Gefahr, daß der Arbeitsplatzabbau in den neuen Ländern 1991 weit über die Vier-Millionen-Marke springt; zusammen mit der immer noch bestehenden Arbeitslosigkeit im Westen ist dies eine Größenordnung wie die während des Schlußkapitels der Weimarer Republik. Ich erinnere daran, weil dies eine Zerreißprobe auf unsere innere Belastbarkeit sein wird, wie sie noch nie seit Ende des Krieges 1945 zu bewältigen war. Sind wir vorbereitet?

Arbeitsmarktpolitisch ist Deutschland darauf nicht vorbereitet. Ankündigungen des Arbeitsministers, die Zahl der Aus- und Fortbildungsplätze auf eine Viertelmillion hochzutreiben, betrachten die Sozialdemokraten mit großer Skepsis. Regional- und strukturpolitisch ist unser größer gewordenenes Gemeinwesen auch nicht auf eine derartige Herausforderung vorbereitet.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindertem Umweltschutz  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Die Modernisierung der Infrastruktur in den neuen Ländern und die notwendige personelle wie materielle Ausstattung der Länder wie der Kommunen kommen nur in Trippelschritten voran. Es droht die Gefahr schwerer Konflikte zwischen den Regionen und Ländern bis hin zur Klärung strittiger Fragen über das Verfassungsgericht. Die Bundesregierung hat ihren Moderatorenauftrag und ihre Pflicht zum Ausgleich sträflich vernachlässigt. Hektik und die schon verzeifelte Suche nach koalitionspolitisch akzeptablen Finanzierungsquellen für die vielen Ausgaben und Aufgaben grenzen an Handlungsunfähigkeit.

Es besteht die Gefahr, daß sich zwischen den Westländern Deutschlands und den neuen Bundesländern ein soziales, ein wirtschaftliches Gefälle bildet, das die Kluft zwischen Norditalien mit seinen Industriezentren und dem hoffnungslos rückständigen Mezzogiorno des Landes noch weit übertrifft. Daß sich dieses Gefälle etabliert, ist nicht mehr zu verhindern; daß es sich verfestigt, diese Entwicklung wäre noch zu vermeiden, wenn die Bundesregierung

- offenlegt, was auf die Menschen in Deutschland an Lasten zukommt;
- wenn die Verteilung der Lasten sozial gerecht geregelt würde;
- wenn Ausgabenprioritäten geschaffen und die Vorstellungen der Parteien wie Regierungen zu einem glaubhaften Gesamtkonzept zusammengefügt und rasch gehandelt würde.

Nicht die DDR ist zum Erfolg verurteilt, wie vor Jahresfrist ein überforderter Minister meinte, sondern die Bundesregierung hat faktisch die neuen Bundesländer verurteilt, im Elend stecken zu bleiben. Wie ließ sich der Bundeswirtschaftsminister am 20. Februar 1990 zur sozialen Zukunft der damaligen DDR ein:

"Massenarbeitslosigkeit würde nur dann drohen, wenn hoffnungslos rückständige Staatsbetriebe dichtgemacht werden, ohne daß gleichzeitig die marktwirtschaftlichen Voraussetzungen für die Gründung vieler neuer moderner Privatunternehmen geschaffen werden."

Das ist richtig, nur war es damals nicht prophetisch gemeint, sondern als Leimrute gedacht, auf die möglichst viele gutgläubige Bürgerinnen und Bürger treten sollten.

(-/20.2.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

### **Die Umweltpolitiker müssen den Krieg ächten**

**Zu den Beratungen im Umweltausschuß über Golfkrieg und Umweltzerstörung**

**Von Michael Müller MdB**

**Umwelt-Experte der SPD-Bundestagsfraktion**

Neben der hohen Zahl der Menschenopfer werden die gewaltigen ökologischen Zerstörungen immer mehr zu einem entscheidenden Grund für einen Waffenstillstand im zweiten Golfkrieg. Die Urbilder des modernen Krieges sind Hiroshima, biologisch-chemische Waffen und nunmehr auch die vielfach unwiederbringliche Vernichtung wertvoller Ökosysteme mit möglicherweise globalen Auswirkungen. Zudem hat dieser Krieg den Hang zum Totalen. Die Gefahr, daß der Krieg außer Kontrolle gerät, wächst, je aussichtsloser er für einen der Beteiligten wird. Dennoch werden die Umweltgefahren noch immer als ein Beiprodukt der militärischen Auseinandersetzungen verstanden, obwohl sie längst zu einem zwangsläufigen Bestandteil jeder größeren militärischen Auseinandersetzung geworden sind.

Bundesumweltminister Töpfer hat in den letzten Wochen auf Fragen nach der Umweltzerstörung durch den Golfkrieg nur peinlich nichtssagende Aussagen gemacht und die Dimension der Gefährdungen verkannt. Expertengespräche im Ministerium sind gut, sie müssen dann aber auch zu der zwingenden politischen Konsequenz führen, vor der die Bundesregierung

aus falscher Rücksichtnahme zurückschreckt: Die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand.

- Im Golf sind in der Zwischenzeit 2,2 Mio. Liter Öl ausgelaufen. Die Küstenformationen in der Region sind vergleichbar mit dem norddeutschen Wattenmeer. 20% der ausgelaufenen Ölmenge wird das Meer dauerhaft schädigen, weil es weder verdampft noch chemisch abgebaut werden kann. Diese ist die bisher größte Ölkatastrophe.
- Rund 50 bis 70 Ölfelder brennen in Kuwait. Die dadurch entstehenden Rußwolken schädigen global, weil sie die Rückstrahlung der Erde verändern und die Ökosysteme schädigen. Außerdem sind die Rußpartikel sehr giftig.
- Noch immer besteht die Gefahr klimatischer Veränderungen durch brennende Ölfelder. Nur geringfügige Temperaturstürze um 1-2 Grad C können in bestimmten Regionen die Reife von Weizen verhindern und eine große Hungersnot auslösen. Betroffen sind insbesondere die ärmsten Länder der Welt.
- Im Zweistromland wird das einzigartige Bewässerungssystem zwischen Euphrat und Tigris bombardiert. Damit droht der Nahrungskammer der Region die Versalzung.

Die Umweltpolitiker aller Länder sollten sich für einen sofortigen Waffenstillstand einsetzen. Nur so können sie ihrer Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung gerecht werden. Herr Töpfer sollte hierzu einen ersten Schritt tun.

(-/20.2.1991/rs/ü)

\*\*\*\*\*

### **Neue Bundesländer: Todesurteil für die Forschung ist gefällt**

**Zur Vorlage des 'Zwischenberichts des BMFT zur Umsetzung des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 - Artikel 38 - im Bereich Forschung und Technologie'**

**Von Josef Vosen MdB**

**Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Bundesregierung verstößt - wie der Zwischenbericht trotz aller schönrednerischen Schaumschlägerei nicht verhüllen kann - gegen Artikel 38 des Einigungsvertrages, läßt die Forschung in den neuen Bundesländern absaufen und schaut untätig zu.

In Scharen werden qualifizierte Forscher und Techniker "freigesetzt", eingespielte Teams laufen auseinander, jeder versucht seine Haut zu retten, aber die meisten hochqualifizierten Beschäftigten in der Wissenschaftslandschaft der neuen Bundesländer sind bereits in die Arbeitslosigkeit "weiterqualifiziert".

Entgegen der Formulierung des Einigungsvertrages, wonach 'die Übergangsfinanzierung dieser Institute und Einrichtungen bis zum 31. Dezember 1991 sichergestellt' wird, ist mangels Finanzvolumen im Etat des Bundesforschungsministers und angesichts der offenkundigen Pleite der neuen Bundesländer von einer Finanzierung dieser Institute und Einrichtungen überhaupt keine Rede mehr.

So tauchen Finanzaufgaben, Finanzerfordernisse und Finanzierungsaussagen in dem sog. Zwischenbericht des Bundesministeriums für Forschung und Technologie auch nicht auf.

Entgegen der vollmundigen Selbstlobpassage 'der BMFT hatte aufgrund seiner Erfahrungen und Kenntnisse aus der langjährigen Vorbereitung und Durchführung des deutsch-deutschen Abkommens von 1987 über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sofort, als der Fall der Berliner Mauer die Aussicht auf die deutsche Vereinigung eröffnete, begonnen, die sich damit stellende Aufgabe im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Technologie zu de-

finieren und die Wege und Mittel zu ihrer Bewältigung zu konzipieren', kann von einem Konzept über Gesamtkapazität, sektorale und regionale Gliederung, fachliche Kooperation und Aufteilung der Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern auf Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und die Großforschungseinrichtungen sowie auf die Hochschulen keine Rede sein.

Der Bundesforschungsminister hat sich offensichtlich persönlich entschlossen, die Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern durch Nichtstun sich selbst zu überlassen. Er beschreibt uns nur, wenn wir wohlwollend sind, was sich (leider!) abspielt, er behält sich und uns aber vor, was er zu tun gedenkt.

Entgegen blumiger Redensarten ist die Projektförderung für industrielle Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern praktisch gleich Null.

Die SPD fordert bereits seit Ende 1989:

- Der Forschungshaushalt braucht neue Finanzmittel;
- die Finanzierungsanteile der neuen Bundesländer bei Gemeinschaftsaufgaben sollen so gering wie möglich gehalten werden;
- die Forschungsförderung für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern muß Vorzugsregelungen vorsehen;
- alle Wissenschaftsorganisationen und -einrichtungen müssen konstruktiv und großzügig mitwirken;
- Neugründung von Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern ist vordringlich;
- die Forschungseinrichtungen müssen ausgewogen regional verteilt werden;
- die Beendigung von Arbeitsverhältnissen von Forschern und Technikern der Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern darf nur mit äußerster Zurückhaltung geschehen und
- Wissenschaftler und Techniker müssen umqualifiziert werden.

Der Bundesforschungsminister versteckt sich hinter dem Wissenschaftsrat, der die Forschungseinrichtungen begutachtet und hat erkennen lassen, daß er die Vorschläge des Wissenschaftsrates schlicht und einfach exekutieren wird anstatt sie politisch zu bewerten und im Zusammenwirken mit den Bundesländern politisch zu gestalten. Er versteckt sich ferner dahinter, daß er eben kein Geld hat.

Wenn der Bundesforschungsminister nur wollte, könnte er durch das Aufrechterhalten einer gesamtstaatlich finanzierten Forschungs- und Entwicklungskapazität in den neuen Bundesländern den Grundstein für ein Erstarken dieser neuen Bundesländer legen.

Dies setzt aber politische Durchschlagskraft, klare Konzepte und außergewöhnliche Maßnahmen voraus. Demgegenüber dümpelt ein entschlußloser Bundesforschungsminister auf einem still ruhenden See vor sich hin und ergötzt sich in hohlen Redensarten.

Mit dem Zwischenbericht, der das Todesurteil für die Forschung in den neuen Bundesländern bedeutet und den wir im Ausschuß als Zumutung zurückgewiesen haben, hat der Bundesforschungsminister endgültig seinen Offenbarungseid geleistet.

(-/20.2.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

**Den Wandel in der Jugend ernst nehmen (Teil II und Schluß)**  
**Zum Verhältnis der Sozialdemokratie zur jungen Generation**

**Von Ruth Winkler**  
**Mitglied des SPD-Partelvorstands**  
**Stellvertretende Vorsitzende der Jugendpolitischen Kommission beim SPD-  
Partelvorstand**

Die SPD muß sich fragen lassen, welches Maß an Radikalität in der politischen Problemformulierung sie ertragen kann und sie bereit ist zu ertragen. Kann sie es sich leisten, Probleme auch ungeachtet von Wahlen tiefgreifend und heftig zu diskutieren? Nicht nur Diskussionen zur Nachrüstung und zur Atomenergie, sondern auch die Debatten um den Arbeitsbegriff, die Arbeitszeitverkürzung haben gezeigt: produktive Diskussion macht attraktiv.

Glaubwürdigkeit heißt nicht über Jugend reden, sondern etwa für sie tun. Glaubwürdige Politik für und mit Jugendlichen machen, heißt Partei nehmen für Jugendliche, darf Jugendpolitik nicht zur nachgeordneten Größe von Familienpolitik degradieren oder zu Jugendhilfe verkommen lassen.

Wollen die Parteien wieder mehr Zugang zu Jugendlichen finden, müssen sie einen schon jetzt jahrelang gewachsenen und bei Jugendlichen weit verbreiteten Eindruck, die Parteien seien generationsegoistische Agenturen gegenläufiger politischer Entscheidungen, korrigieren.

Immer mehr Jugendliche haben zu jeder Art Mitgliedschaft in Institutionen Distanz. Jugendstudien beweisen: Es gibt eine große Bereitschaft zu einem spontanen, zeitlich befristeten und mit begrenzten Verpflichtungen einhergehendem Engagement. Auf Dauer und langfristig angelegte Arbeitsweisen finden jedoch wenig Zustimmung. Dies bedeutet für die Jusos und die SPD ein großes Problem, da die Arbeit innerhalb eines Jugendverbandes und innerhalb der Partei auf langfristige Mitarbeit angelegt ist. Hinzu kommt, daß Jugendliche heute viel stärker danach fragen, was ihnen die Arbeit innerhalb dieser Organisation bringt. Schließlich gibt es noch vielfältige konkurrierende andere Angebote.

Ritualisiertes Verbandsleben, starre Organisationsformen, eingebettet in eine festgelegte und festgefahrene Zahl von Sitzungen und Konferenzen einerseits und undurchschaubarer Kungelkreise und Geschäfte andererseits widersprechen diametral den Vorstellungen junger Leute von ihrer Freizeit. Phantasie, Frohsinn, Experimentierfreude und "Ecken und Kanten" sind gefragt, stattdessen werden "bürokratische Jugendkonzerne" und langweiliger Sitzungssozialismus geboten.

Das Interesse an der Arbeitsplatzsicherung von Hauptamtlichen und die Karriereabsichten einzelner FunktionärInnen, die Angst vor unbekannter Umstrukturierung und Eigendynamik von Veränderungen haben, blockieren neue Ideen.

Nimmt die SPD das Anliegen ernst, die Jugend an der innerparteilichen Willensbildung und an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, muß sie Jugendliche als Gesprächspartner und Entscheidungsträger mitmachen lassen. Nur so wird es möglich sein, die Diskrepanz zwischen Zukunftswünschen und Krisenerfahrungen von Jugendlichen zum strategischen Ansatzpunkt zu nehmen. Themen, wie Arbeit, Umwelt, Frieden, Nord-Süd und Frauenemanzipation werden so in den Vordergrund rücken müssen. Hier wurden in den letzten

Jahren Fortschritte erzielt. Innerhalb der Parteigliederungen müßten aber die Forderungen von Jugendlichen gerade in diesen Bereichen nicht als "jugendliche Radikalität" abgetan werden, sondern die Sorgen und Nöte um die eigenen Existenzbedingungen ernst genommen werden und in politische Aktionen gemeinsam umgesetzt werden.

Vertrauen schaffen kann nur, wer sich nicht in der Kritik der herrschenden konservativen Politik erschöpft, sondern

- konkrete Lösungen für komplexe soziale Probleme vorschlägt, ohne die Utopie einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft aus den Augen zu verlieren;
- Für das haben wir mit F '90 und dem Berliner Programm gute inhaltliche Angebote. Für das andere müssen wir viele überkommene Organisationsstrukturen und Arbeitsformen überprüfen und umbauen. Der künftige Parteivorsitzende steht gerade hier im Wort.
- die verantwortliche Mitarbeit junger Menschen sucht und ermöglicht und Hemmnisse in dem Umgang und Begegnungsformen abbaut (Jugendpolitisches Programm 1986).

Beim Reden von Partizipation junger Menschen besteht allemal die Gefahr, daß dieser Anspruch zur bloßen Leerformel verkommt, wenn nicht gleichzeitig ernst gemacht wird mit konkreten, im Einzelfall einklagbaren Rechtspositionen junger Menschen. Hier einen Anfang zu machen, könnte beispielsweise bedeuten, jungen Menschen ein Vetorecht einzuräumen:

- ein Vetorecht z.B. in der Schule, das Entscheidungen von Lehrern und Eltern aufschiebt, wenn SchülerInnen nicht einverstanden sind;
- ein Antragsrecht beim Vormundschaftsgericht
- ein Antragsrecht bei sozialen Leistungen.

Es geht darum, daß Erwachsene bei der Durchsetzung ihrer Prinzipien und Ordnungsvorstellungen Sinn und Nutzen ihrer Entscheidungen den jeweils Betroffenen erläutern müssen.

Gerade aber im Bereich der Politik wird es endlich an der Zeit sein, daß Jugendliche ihre Positionen selbst vertreten, denn "Junge können am besten für Junge sprechen" (Jugendpolitischer Beschluß der SPD 1986), d.h. bei der Vergabe von Funktionen und Mandaten dürfen nicht die alten Platzhirsche und -kühe die Kanäle blockieren, sondern Jugend gehört ins Parlament, ins Rathaus und in die politischen Gremien.

(-/20.2.1991/rs/f0)

\*\*\*\*\*